

Werk

Titel: VI. Wahlen

Jahr: 1966

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?514402342_1965|log25

Kontakt/Contact

[Digizeitschriften e.V.](#)
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

✉ info@digizeitschriften.de

VI. Wahlen

Vorbemerkung

Der **Deutsche Bundestag** wird alle 4 Jahre neu gewählt (Wahlperiode). **Wahlberechtigt** ist, wer das 21., **wählbar**, wer das 25. Lebensjahr vollendet hat. Dies gilt mit einer Ausnahme auch für die Wahlen zu den Landtagen, die in Hamburg und Bremen Bürgerschaft, in Berlin (West) Abgeordnetenhaus genannt werden. In Berlin (West) ist wahlberechtigt, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat. Näheres, u. a. die Nachfolge von verstorbenen Abgeordneten oder von Abgeordneten, die ihr Mandat niedergelegt haben, regeln Bundes- bzw. Landesgesetze.

Wahlbeteiligung: Anteil der Wähler mit gültigen und ungültigen Stimmen an den Wahlberechtigten.

Für den Bundestag wird ein Teil der Abgeordneten nach den Grundsätzen der (relativen) Mehrheitswahl in den Wahlkreisen, der andere nach den Grundsätzen der Verhältniswahl aus Landeslisten gewählt. Seit 1953 hat jeder Wähler 2 Stimmen; mit seiner Erststimme wählt er einen Kandidaten im Wahlkreis, seine Zweitstimme gibt er der Landesliste einer Partei.

Im 1. Bundeswahlgesetz, das mindestens 400 Abgeordnete vorsah, war den Landesregierungen aufgegeben, die den Ländern nach den Einwohnerzahlen zugeteilten Sitze im ungefähren Verhältnis von 60 : 40 auf Wahlkreis- und Landeslisten-Sitze zu verteilen. Zur Erhöhung der Zahl der Abgeordneten im 2. Bundestag auf mindestens 484 wurde nur das Zahlenverhältnis der in Wahlkreisen und aus Landeslisten zu Wählenden geändert. Die eine Hälfte der Abgeordneten wird seitdem in Wahlkreisen, die andere aus Landeslisten gewählt. Die Bevölkerung des Saarlandes wählte nach der Rückgliederung erstmalig 1957 mit. Zu den unmittelbar gewählten Abgeordneten traten 1949 19, 1953, 1957 und 1961 22 Abgeordnete aus dem Lande Berlin, die durch das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt wurden.

Im Bundeswahlgesetz 1956 wurde die Verbindung von Landeslisten gleicher Parteien für zulässig erklärt, wovon 1957 und 1961 alle in die Sitzverteilung gekommenen Parteien Gebrauch machten. Für die **Sitzverteilung** waren dadurch zunächst die Mandate zu berechnen, die einer Partei auf Grund der Stimmen zustanden, die für sie im gesamten Wahlgebiet abgegeben worden waren. In einem 2. Auszählungsverfahren wurden die Mandate sodann nach Maßgabe der für die einzelnen Landeslisten abgegebenen Stimmen auf die Länder weiter verteilt. Von der so ermittelten Abgeordnetenzahl wird die Zahl der von der Partei im Lande errungenen Wahlkreissitze abgerechnet. Ist die Zahl der gewonnenen Wahlkreissitze größer, verbleiben sie der betreffenden Partei. In einem solchen Fall erhöht sich die gesetzlich festgelegte Mindestzahl der Sitze im Bundestag um die Unterschiedszahl. 1949 gab es 2, 1953 und 1957 jeweils 3 und 1961 sogar 5 solcher »Übergangmandate«. Durch die sogenannte »Sperrklausel« sind bei der Wahl zum Bundestag jetzt für eine Partei mindestens 5% der im Bundesgebiet abgegebenen Stimmen oder mindestens 3 Wahlkreissitze erforderlich, um bei der Sitzverteilung berücksichtigt zu werden.

Seit 1953 sind nach den wahlgesetzlichen Bestimmungen (Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956, § 52 Abs. 2) in den vom Bundeswahlleiter im Einvernehmen mit den Landeswahlleitern und den Statistischen Landesämtern jeweils zu bestimmenden Wahlbezirken auch Statistiken über Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter besonderer Berücksichtigung der Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge zu erstellen. Die Auswahl der Wahlbezirke erfolgt nach einem Stichprobenplan und ist repräsentativ für die Länder und hierdurch auch gleichzeitig für das Wahlgebiet als Ganzes. Die **repräsentative Bundestagswahlstatistik** dient der Analyse der Wahlergebnisse unter wahlpolitischen und soziologischen Gesichtspunkten.

Bei der 3. Bundestagswahl 1957 wurden die Sondererhebungen in 1007, bei der 4. Bundestagswahl 1961 in 1125 Wahlbezirken durchgeführt. Für die Feststellungen über die Wahlbeteiligung wurden die Wählerverzeichnisse herangezogen, für die Feststellungen über die Stimmabgabe Stimmzettel mit Unterscheidungsaufdruck für Männer und Frauen nach jeweils drei Altersgruppen benutzt. Die Personen, die einer bestimmten Partei ihre Stimme gegeben haben, wurden dadurch nicht dem Namen nach bekannt. Der weiteren Sicherung des Wahlheimnisses dient unter anderem die Bestimmung, daß die Ergebnisse der Zusatzerhebungen nicht für einzelne Wahlbezirke veröffentlicht werden dürfen (Bundeswahlordnung vom 16. Mai 1957 i. d. F. vom 8. April 1965, § 84 Abs. 2).

Bei den hier wiedergegebenen Bundesergebnissen handelt es sich um hochgerechnete Zahlen der Stichprobe. Zuvor sind die unterschiedlichen Auswahlätze der Stichprobe in den Ländern berücksichtigt worden.

Die **Stimmzahl der Länder im Bundesrat** ist nach der Einwohnerzahl gestaffelt. Die Stimmen eines Landes können nur einheitlich abgegeben werden. Durch den Bundesrat wirken die Länder an der Gesetzgebung des Bundes mit.

Bundesgesetze können von der Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages und vom Bundesrat eingebracht werden. Nach gesetzlicher Ermächtigung können durch den Bund und die Länder auch **Rechtsverordnungen** erlassen werden. Vorlagen für die Beratungen im Plenum des Bundestages werden von besonderen Ausschüssen vorbereitet.

Im Plenum werden Bundesgesetze und andere wichtige Vorlagen in drei, alle übrigen in einer Beratung erledigt. Auch die weitere in Tabelle 7 ausgewiesene Tätigkeit des Bundestages ist aus seiner Geschäftsordnung zu verstehen.

Große Anfragen müssen von 30 Abgeordneten, kleine Anfragen von einer Abgeordnetenzahl unterstützt sein, die einer Fraktionsstärke entspricht (15). Unter **Fraktion** ist der Zusammenschluß der Mitglieder des Bundestages gleicher Parteien zu verstehen. Die Petition (Bitten und Beschwerden) an den Bundestag steht als **Grundrecht jedem zu**.

1. Wahlen zum Deutschen Bundestag

Gegenstand der Nachweisung	Wahl	Einheit	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Bundesgebiet ohne Berlin
Wahlberechtigte	1949	1000	1 731,0	1 141,2	4 425,6	379,8	8 681,8	2 906,2	1 900,8	4 056,9	5 984,2	—	31 207,6
	1953	1000	1 576,8	1 259,4	4 410,4	425,2	9 669,6	3 082,0	2 130,6	4 531,1	6 117,4	—	33 202,3
	1957	1000	1 549,0	1 328,7	4 438,9	467,3	10 407,0	3 214,9	2 237,0	4 857,8	6 240,5	660,0	35 400,9
	1961	1000	1 626,1	1 386,4	4 613,1	507,8	11 085,8	3 395,3	2 348,1	5 211,9	6 551,7	714,5	37 440,7
dar. mit Wahrschein	1961	1000	94,8	95,8	240,8	25,6	701,8	199,3	136,4	286,8	381,0	34,0	2 196,3
	1961	%	5,8	6,9	5,2	5,0	6,3	5,9	5,8	5,5	5,8	4,8	5,9
Wähler	1949	1000	1 431,0	926,4	3 440,0	311,0	6 909,7	2 247,4	1 513,8	2 864,8	4 851,6	—	24 495,6
	1953	1000	1 391,8	1 085,3	3 894,7	367,9	8 251,0	2 672,1	1 842,7	3 710,3	5 263,8	—	28 479,6
	1957	1000	1 367,2	1 185,2	3 950,2	414,5	9 158,9	2 863,1	1 976,2	4 097,6	5 470,3	589,6	31 072,9
	1961	1000	1 431,7	1 227,8	4 083,5	447,9	9 799,4	3 028,2	2 069,9	4 419,7	5 714,5	626,8	32 849,6
dar. mit Wahrschein	1961	1000	88,5	91,4	224,6	24,7	660,1	187,2	126,8	266,9	357,5	31,8	2 059,4
	1961	%	6,2	7,4	5,5	5,5	6,7	6,2	6,1	6,0	6,3	5,1	6,3
Wahlbeteiligung	1949	%	82,7	81,2	77,7	81,9	79,6	77,3	79,6	70,6	81,1	—	78,5
	1953	%	88,3	86,2	88,3	86,5	85,3	86,7	86,5	81,9	86,0	—	85,8
	1957	%	88,3	89,2	89,0	88,7	88,0	89,1	88,3	84,4	87,7	89,3	87,8
	1961	%	88,0	88,6	88,5	88,2	88,4	89,2	88,2	84,8	87,2	87,7	87,7
Ungültige Zweitstimmen	1961	1000	68,3	34,1	140,5	19,7	281,2	149,6	100,0	230,6	227,6	47,2	1 298,7
	1961	%	4,8	2,8	3,4	4,4	2,9	4,9	4,8	5,2	4,0	7,5	4,0
Von den gültigen Stimmen ¹⁾ entfallen auf:													
SPD	1949	%	29,6	39,6	33,4	34,4	31,4	32,1	28,6	23,9	22,7	—	29,2
	1953	%	26,5	38,1	30,1	39,0	31,9	33,7	27,2	23,0	23,3	—	28,8
	1957	%	30,8	45,8	32,8	46,2	33,5	38,0	30,4	25,8	26,4	25,1	31,8
	1961	%	36,4	46,9	38,7	49,7	37,3	42,8	33,5	32,1	30,1	33,5	36,2
	1961	1000	495,7	560,0	1 526,8	212,7	3 549,4	1 233,3	659,8	1 342,9	1 652,6	194,0	11 427,4
CDU	1949	%	30,7	19,7	17,6	16,9	36,9	21,4	49,0	39,6	—	—	25,2
	1953	%	47,1	36,7	35,2	24,8	48,9	33,2	52,1	52,4	—	—	36,4
	1957	%	48,1	37,4	39,1	30,4	54,4	40,9	53,7	52,8	—	33,3	39,7
	1961	%	41,8	31,9	39,0	27,0	47,6	34,9	48,9	45,3	—	49,0	35,8
	1961	1000	569,2	380,6	1 537,0	115,5	4 530,6	1 003,3	964,3	1 899,3	—	284,3	11 283,9
FDP	1949	%	7,4	15,8	7,5	12,9	8,6	28,1	15,8	17,6	8,5	—	11,9
	1953	%	4,5	10,3	6,9	7,5	8,5	19,7	12,1	12,7	6,2	—	9,5
	1957	%	6,6	9,4	5,9	5,8	6,3	8,5	9,8	14,4	4,6	18,2	7,7
	1961	%	13,8	15,7	13,2	15,2	11,8	15,2	13,2	16,6	8,7	12,9	12,8
	1961	1000	188,6	187,3	519,1	65,0	1 118,5	438,7	259,6	697,3	479,8	74,9	4 028,8
CSU	1949	%	—	—	—	—	—	—	—	—	29,2	—	5,8
	1953	%	—	—	—	—	—	—	—	—	47,8	—	8,8
	1957	%	—	—	—	—	—	—	—	—	57,2	21,3	10,5
	1961	%	—	—	—	—	—	—	—	—	54,9	—	9,6
	1961	1000	—	—	—	—	—	—	—	—	3 014,5	—	3 014,5
GDP ²⁾	1949	%	12,1	13,1	17,8	18,0	—	—	—	—	—	—	4,0
	1953	%	15,6	8,3	22,6	20,2	3,7	9,2	2,6	7,0	9,1	—	9,1
	1957	%	12,1	6,1	19,0	15,9	4,1	11,0	3,0	6,0	7,5	1,0	8,0
	1961	%	3,9	1,0	6,1	4,1	0,9	4,1	0,5	2,8	3,9	0,3	2,8
	1961	1000	52,8	11,8	242,2	17,5	83,1	119,0	9,8	116,6	216,2	1,7	870,8
Sonstige Parteien	1949	%	20,2	11,7	23,7	17,9	23,1	18,5	6,6	18,9	39,5	—	23,9
	1953	%	6,3	6,6	5,2	8,4	7,0	4,2	6,0	4,9	13,5	—	7,3
	1957	%	3,3	1,2	3,2	1,7	1,7	1,5	3,1	1,0	4,3	1,2	2,4
	1961	%	4,2	4,5	3,0	4,1	2,5	2,9	3,9	3,2	2,3	4,3	2,9
	1961	1000	57,0	54,0	117,8	17,6	236,7	84,4	76,5	133,1	1 23,9	24,7	925,7

¹⁾ Seit 1953 Zweitstimmen. — ²⁾ 1949 DP, 1953 und 1957 DP und GB/BHE.

2. Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1961 nach dem Alter *)

Alter (etwa von ... bis unter ... Jahren)	Wahlberechtigte ¹⁾	Wähler ¹⁾	Von 1 000 ²⁾											
			gültigen Zweitstimmen								für die einzelnen Wahlvorschläge entfallen ... auf Wähler nebenstehenden Alters			
			1 000	a T*)	Zweitstimmen waren ungültig	der Wähler vorstehenden Alters entfallen ... auf								
			CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige	CDU/CSU	SPD	FDP	GDP	Sonstige		
Männer														
21—30	3 420	2 801	819	32	430	410	122	16	23	210	203	176	107	131
30—60	9 031	8 236	912	31	382	407	144	29	38	548	593	611	572	635
60 und mehr	3 587	3 229	900	44	434	359	129	42	36	242	203	213	321	235
Zusammen ...	16 039	14 265	859	34	403	397	136	29	34	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000
Frauen														
21—30	3 343	2 740	820	42	495	348	119	18	20	166	176	162	105	136
30—60	10 996	9 794	891	47	479	337	128	29	27	573	607	622	605	641
60 und mehr	4 868	4 022	826	58	537	297	109	34	23	261	217	215	290	223
Zusammen ...	19 206	16 556	862	49	496	329	122	28	25	1 000	1 000	1 000	1 000	1 000

*) Bundesgebiet ohne Berlin. — Ergebnis einer Repräsentativstatistik.
 1) Ohne Personen mit Wahrschein. — *) Stimmabgabe ohne Briefwähler. — *) Auf 1 000 Wahlberechtigte = Wahlbeteiligung.

3. Landtagswahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen	Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen	Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
		23.9.62	12.11.61	19.5.63	29.9.63	8.7.62	11.11.62	31.3.63	26.4.64	25.11.62	4.12.60	17.2.63
Wahlberechtigte	1 000	1 653,9	1 384,5	4 701,2	524,7	11 156,3	3 451,3	2 363,3	5 471,0	6 573,2	719,0	1 748,6
Abgegebene Stimmen	1 000	1 160,1	1 000,8	3 617,4	399,3	8 189,0	2 682,0	1 784,3	3 705,8	10 101,9 ¹⁾	568,6	1 572,0
gültig	1 000	1 146,0	988,8	3 582,2	395,4	8 082,6	2 636,8	1 752,5	3 619,9	9 816,4	532,8	1 555,0
ungültig	1 000	14,1	12,0	35,1	3,9	106,4	45,2	31,8	85,9	285,5	35,7	17,1
Wahlbeteiligung	%	70,1	72,3	76,9	76,1	73,4	77,7	75,5	67,7	76,9	79,1	89,9
Von den gültigen Stimmen entfallen auf:												
CDU bzw. CSU ¹⁾	1 000	516,1	287,6	1 351,4	114,2	3 752,1	760,4	777,8	1 671,7	4 663,5	195,1	448,5
	%	45,0	29,1	37,7	28,9	46,4	28,8	44,4	46,2	47,5	36,6	28,8
SPD	1 000	449,5	567,8	1 608,9	216,3	3 497,2	1 340,6	713,5	1 350,3	3 465,2	159,7	962,2
	%	39,2	57,4	44,9	54,7	43,3	50,8	40,7	37,3	35,3	30,0	61,9
FDP	1 000	90,3	95,1	316,6	33,0	553,4	301,8	177,4	472,5	577,8	73,7	123,4
	%	7,9	9,6	8,8	8,4	6,9	11,5	10,1	13,1	5,9	13,8	7,9
GDP ²⁾	1 000	48,5	—	132,4	0,7	34,5	167,1	—	65,8	498,8	—	—
	%	4,2	—	3,7	0,2	0,4	6,3	—	1,8	5,1	—	—
Sonstige	1 000	41,7	38,3	172,9	31,1	245,3	66,9	83,8	59,7	611,0	104,4	20,9
	%	3,6	3,9	4,8	7,9	3,0	2,5	4,8	1,6	6,2	19,6	1,4

1) Jeder Wähler hatte 2 Stimmen. — *) Nur in Bayern. — *) Aus dem Zusammenschluß von DP und GB/BHE.

4. Sitze im Deutschen Bundestag nach den Wahlen 1953, 1957 und 1961

Land (a = in Wahlkreisen und aus Landeslisten, b = in Wahlkreisen)	Insgesamt			CDU/CSU			SPD			FDP			Sonstige		
	2.	3.	4.	2.	3.	4.	2.	3.	4.	2.	3.	4.	2.	3.	4.
	Bundestagswahl														
Schleswig-Holstein	a	26	23	24	14	14	13	7	7	8	1	1	3	4	1
	b	14	14	14	14	14	13	—	—	1	—	—	—	—	—
Hamburg	a	18	19	18	7	7	6	7	9	9	2	2	3	2	1
	b	8	8	8	3	1	—	1	7	8	2	—	—	2	—
Niedersachsen	a	66	61	60	25	27	26	21	22	25	5	4	9	15	8
	b	34	34	34	13	21	15	11	8	19	2	—	—	8	5
Bremen	a	6	6	5	2	2	1	3	3	3	—	—	1	1	1
	b	3	3	3	—	—	—	3	3	3	—	—	—	—	—
Nordrhein-Westfalen ...	a	138	154	155	72	87	76	47	54	60	12	11	19	7	2
	b	66	66	66	51	53	41	13	13	25	1	—	—	1	—
Hessen	a	44	46	45	15	20	17	16	19	21	9	4	7	4	3
	b	22	22	22	7	11	3	10	10	19	5	—	—	—	1
Rheinland-Pfalz	a	31	31	31	18	18	16	9	10	11	4	3	4	—	—
	b	15	15	15	13	12	10	2	3	5	—	—	—	—	—
Baden-Württemberg	a	67	67	66	38	37	32	16	18	22	9	11	12	4	1
	b	33	33	33	29	32	27	2	1	6	2	—	—	—	—
Bayern	a	91	82	86	52	53	50	25	25	28	6	4	8	8	—
	b	47	47	47	42	47	42	3	—	5	2	—	—	—	—
Saarland	a	—	8	9	—	5	5	—	2	3	—	1	1	—	—
	b	—	5	5	—	3	2	—	1	—	—	1	—	—	—
Bundesgebiet ohne Berlin	a	487	497	499	243	270	242	151	169	190	48	41	67	45	17
	b	242	247	247	172	194	156	45	46	91	14	1	—	11	6
Berlin (West)	a	22	22	22	6	7	9	11	12	13	5	2	—	—	1
Bundesgebiet einschl. Berlin (West) ...		509	519	521	249	277	251	162	181	203	53	43	67	45	18

5. Sitze der Parteien im Bundestag und in den Länderparlamenten*)

Bundestag Landtag	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Abgeordnete insgesamt	CDU bzw. CSU	SPD	FDP	GDP ¹⁾	BP bzw. SVP ²⁾	Son- stige
Bundestag	17. 9. 1961	521 ³⁾	251	203	67	—	—	—
Schleswig-Holstein ..	23. 9. 1962	69	34	29	5	—	—	1 ⁴⁾
Hamburg	12. 11. 1961	120	36	72	12	—	—	—
Niedersachsen	19. 5. 1963	149	62	73	14	—	—	—
Bremen	29. 9. 1963	100	31	57	8	—	—	4 ⁴⁾
Nordrhein-Westfalen	8. 7. 1962	200	96	90	14	—	—	—
Hessen	11. 11. 1962	96	28	51	11	6	—	—
Rheinland-Pfalz	31. 3. 1963	100	46	43	11	—	—	—
Baden-Württemberg	26. 4. 1964	120	59	47	14	—	—	—
Bayern	25. 11. 1962	204	108	79	9	—	8	—
Saarland	4. 12. 1960	50	19	16	7	—	6	2 ⁴⁾
Berlin (West)	17. 2. 1963	140	41	89	10	—	—	—

*) Nach dem Stand bei der Wahl.

¹⁾ Aus dem Zusammenschluß von DP und GB/BHE. — ²⁾ BP (Bayernpartei) nur in Bayern, SVP (Saarländische Volkspartei) nur im Saarland. — ³⁾ Einschl. der 22 (13 SPD, 9 CDU) Abgeordneten von Berlin (West), die z. Z. im allgemeinen nur beratende Stimme haben. — ⁴⁾ SSW (Südschleswiger Wählerverband). — ⁵⁾ DP (Deutsche Partei des Landes Bremen). — ⁶⁾ DDU (Deutsche Demokratische Union).

6. Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Bundesregierung und der Länderregierungen sowie Stimmzahl der Länder im Bundesrat am 1. 1. 1965

Bundesregierung Landesregierung	Datum der Bundestags- bzw. Landtagswahl	Partei- zugehörigkeit (des Bundes- kanzlers bzw. des Minister- präsidenten ¹⁾)	Parteizugehörigkeit der übrigen stimmberechtigten Regierungsmitglieder						Stimmen- zahl im Bundesrat
			CDU bzw. CSU	SPD	FDP	GDP	BP bzw. SVP	Son- stige	
Bundesregierung	17. 9. 1961	CDU	15	—	5	—	—	—	—
Schleswig-Holstein	23. 9. 1962	CDU	4	—	—	—	—	—	4
Hamburg	12. 11. 1961	SPD	—	8	3	—	—	—	3
Niedersachsen	19. 5. 1963	SPD	—	4	4	—	—	—	5
Bremen	29. 9. 1963	SPD	—	6	3	—	—	—	3
Nordrhein-Westfalen	8. 7. 1962	CDU	7	—	2	—	—	—	5
Hessen	11. 11. 1962	SPD	—	6	—	1	—	—	4
Rheinland-Pfalz	31. 3. 1963	CDU	3	—	2	—	—	—	4
Baden-Württemberg	26. 4. 1964	CDU	5	—	3	—	—	—	5
Bayern	25. 11. 1962	CSU	14	—	—	—	1	—	5
Saarland	4. 12. 1960	CDU	3	—	1	—	—	1 ¹⁾	3
Berlin (West)	17. 2. 1963	SPD	—	9	3	—	—	—	4

¹⁾ In Hamburg: Erster Bürgermeister; in Bremen: Präsident des Senats; in Berlin (West): Regierender Bürgermeister. — ²⁾ Parteilos.

7. Tätigkeit des Deutschen Bundestages und personelle Veränderungen in der 1. bis 4. Wahlperiode

Gegenstand der Nachweisung	1. 2. 3. 4. ¹⁾				Gegenstand der Nachweisung	1. 2. 3. 4. ¹⁾			
	Wahlperiode					Wahlperiode			
Tätigkeit									
Gesetzentwürfe der Bundesregierung ²⁾	441	431	394	311	Sonstige Vorlagen	360	180	285	298
Gesetzentwürfe des Bundestages	301	414	207	190	Petitionen	27 400	33 000	333 357 ³⁾	531 115 ⁴⁾
Gesetzentwürfe des Bundesrates	20	13	5	6	Plenarsitzungen	282	227	168	155
Verordnungen u. dgl.	27	70	48	383	Ältestenratsitzungen	185	172	96	77
Selbständige Anträge von Abgeordneten, die keinen Gesetzentwurf enthalten	1 081	479	158	156	Sitzungen von Ausschüssen und Unterausschüssen	5 474	4 389	2 493	2 369
Große Anfragen	160	97	49	31	Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen	1 774	1 777	675	564
Kleine Anfragen	355	377	410	244	Personelle Veränderungen				
Anträge der Bundesregierung gemäß d. Reichshaushaltsordnung	14	83	43	66	Verstorbene Abgeordnete	28	18	22	32
					Mandatsniederlegungen	25	22	21	22 ⁴⁾
					Aberkennung von Mandaten	1	1	—	—

¹⁾ Stand: Ende 1964. — ²⁾ Einschl. der im Gesetzgebungsverfahren entstandenen. — ³⁾ Einschl. 14 940 bzw. 288 858 Eingaben mit jeweils übereinstimmendem Wortlaut. — ⁴⁾ Einschl. 8 165 Eingaben zur Verkehrssicherheit, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel, zur Krankenversicherungsreform und zur Notstandsgesetzgebung sowie 500 000 Eingaben zur Urheberrechtsreform. — ⁵⁾ Darunter 1 gemäß § 3 Abs. 3 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vom 12. März 1951 erloschenes Mandat.

Quelle: Deutscher Bundestag, Bonn

8. Gesetzgebung in der 1. bis 3. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

a) Gesetze

Gesetzentwurf Ressort	Eingebrachte Gesetze insgesamt			Verabschiedet			Anderweitig erledigt			Nicht mehr erledigt		
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.
	Wahlperiode											
Gesetzentwürfe												
der Bundesregierung	472	446	401	392	368 ¹⁾	348	.	26	13	.	52	40
des Bundestages	301	414	207	141	132	74	.	180	82	.	102	51
des Bundesrates	32	17	5	12	7	2	.	6	1	.	4	2
Insgesamt ...	805	877	613	545	507¹⁾	424	174	212	96	86	158	93
nach Ressorts ²⁾ :												
Auswärtiges ³⁾	23	70	35	17	65	32	6	—	—	—	5	3
Arbeit und Sozialordnung	114	143	47	76	76	41	22	48	2	16	19	4
Atomenergie und Wasserwirtschaft	—	7	4	—	1	4	—	1	—	—	5	—
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	49	40	20	37	24	17	6	5	1	6	11	2
Finanzen ⁴⁾	257	251	90	170	133	79	67	89	3	20	29	8
Inneres	106	83	50	58	48	40	30	12	2	18	23	8
Justiz	114	83	61	79	52	50	20	10	2	15	21	9
Post und Fernmeldewesen	4	2	2	4	2	2	—	—	—	—	—	—
Verkehr	29	47	33	23	32	31	5	4	—	1	11	2
Verteidigung	—	27	10	—	19	9	—	7	—	—	1	1
Vertriebene	10	38	2	9	12	2	1	23	—	—	3	—
Wirtschaft ⁵⁾	86	71	43	66	37	37	12	10	3	8	24	3
Wohnungsbau	13	15	3	6	6	3	5	3	—	2	6	—
Familien- und Jugendfragen	—	—	1	—	—	1	—	—	—	—	—	—

b) Rechtsverordnungen

Ressort	Rechtsverordnungen insgesamt			Veröffentlicht im					
				Bundesgesetzblatt			Bundesanzeiger		
	1.	2.	3.	1.	2.	3.	1.	2.	3.
Wahlperiode									
Auswärtiges	3	1	4	3	—	4	—	1	—
Arbeit und Sozialordnung	23	54	81	21	45	67	2	9	14
Atomenergie und Wasserwirtschaft	—	—	2	—	—	2	—	—	—
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	107	145	131	19	50	33	88	95	98
Finanzen ⁴⁾	190	320	293	128	254	259	62	66	34
Inneres	55	82	119	44	75	94	11	7	25
Justiz	39	10	25	37	10	15	2	—	10
Post und Fernmeldewesen	22	18	11	4	2	2	18	16	9
Verkehr	64	238	269	27	72	78	37	166	191
Verteidigung	—	7	26	—	7	21	—	—	5
Vertriebene	11	18	1	10	9	1	1	9	—
Wirtschaft ⁵⁾	351	98	121	12	9	34	339	89	87
Wohnungsbau	5	7	9	4	3	7	1	4	2
Familien- und Jugendfragen	—	—	1	—	—	1	—	—	—
Angelegenheiten des Bundesrates	7	—	—	7	—	—	—	—	—
Insgesamt ...	877	998	1 093	316	536	618	561	462	475

¹⁾ Außerdem 3 beschlossene Gesetze, die wegen Fristablaufs bzw. nach Einarbeitung in andere Gesetze wieder außer Kraft gesetzt worden sind. — ²⁾ Zum Teil auch zusammen mit anderen Ressorts. — ³⁾ 63 mit anderen Ressorts gemeinsam eingebrachte Ratifikationsgesetze wurden in der 3. Wahlperiode nur bei letzteren gezählt. — ⁴⁾ Einschl. »Wirtschaftlicher Besitz des Bundes«. — ⁵⁾ Einschl. »Wirtschaftliche Zusammenarbeit.
Quelle: Bundesministerium der Justiz, Bonn

Ausführlichere Ergebnisse über die

Wahlen

die in früheren Jahrgängen (bei mehrmaligem Erscheinen der Tabellen: letzter Jahrgang) des Statistischen Jahrbuches veröffentlicht wurden:

Wahl zum 1. Deutschen Bundestag am 14. 8. 1949 *St. Jb. 1953, S. 108*

Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. 9. 1953 *St. Jb. 1957, S. 114*

Wahl zum 3. Deutschen Bundestag am 15. 9. 1957 *St. Jb. 1961, S. 136*

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe sowie die Kombination von Erst- und Zweitstimmen nach Geschlecht und Alter nach den repräsentativen Sonderauszählungen bei der Bundestagswahl 1953 *St. Jb. 1954, S. 110 f.*; 1957 *St. Jb. 1958, S. 108 f.*; 1961 *St. Jb. 1962, S. 138*